Fachzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

BSBD dbb CESI

E 5604

Der Vollzugsdienst

2/2022 – 69. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Abgeerntet – eine erfolgreiche Nachwuchsgewinnung lässt weiter auf sich warten

Handlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung steht auf dem Spiel

Seite 2

Belegungszahlen sinken – Die Zukunft des offenen Vollzugs – Ab- oder Ausbau?

Geringe Auslastung birgt die Gefahr von Reduzierungen im Dienstplan

Seite 11

Hausdurchsuchung bei einem Vollzugsbediensteten – war das verhältnismäßig?

Massiver Eingriff in die Privatsphäre eines Bediensteten und seiner Familie

Seite 28

Flucht vor dem Krieg in der Ukraine

**Ende Februar hat Russland Krieg gegen die Ukraine begonnen.
Über 1,5 Millionen Menschen waren kurze Zeit später auf der Flucht.**

Viele Kolleginnen und Kollegen sind über Vereine, Hilfsorganisationen oder auch privat engagiert, um den Menschen aus dem ukrainischen Kriegsgebiet zu helfen.

Lesen Sie mehr dazu in verschiedenen Beiträgen dieser Ausgabe.

Foto: pronola/stock.adobe.com

BERLIN

HAMBURG

SACHSEN-ANHALT

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

1 Kommentar des Bundesvorsitzenden René Müller

2 Abgeerntet – eine erfolgreiche Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst lässt weiterhin auf sich warten

4 Die Zahlung der Pflegezulage wurde verweigert – Kundgebung vor dem Landtag in Niedersachsen

4 Vorbereitungen auf die nächsten Tarifverhandlungen

5 Bundesseniorenvertretung ist gegen eine Diskriminierung der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger

LANDESVERBÄNDE

6 Baden-Württemberg
14 Bayern
16 Berlin
20 Brandenburg
23 Hamburg
26 Hessen
34 Mecklenburg-Vorpommern
36 Niedersachsen
37 Nordrhein-Westfalen
51 Rheinland-Pfalz
55 Saarland
58 Sachsen-Anhalt
63 Schleswig-Holstein
69 Thüringen

67 Impressum

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 3/2022:

14. Juni 2022

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion
Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de **www.bsbd.de**
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	**martin.kalt@bsbd-bund.de**
Geschäftsstelle:	**Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands** Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	

Landesverbände	**Vorsitzende**	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Der Landesvorstand des BSBD Sachsen-Anhalt in Vorbereitung auf die Gespräche mit den Landtagsfraktionen. *Foto: BSBD Sachsen-Anhalt*

Die Sache auf den Punkt gebracht! – JUSTIZvollzug bedeutet Sicherheit

In Gesprächen mit den Fraktionen im Landtag wurden nachfolgende Themen angesprochen.

- Der Zustand der Digitalisierung in den Justizvollzugsanstalten entspricht nicht mehr den Anforderungen.
- Der **BSBD** fordert eine Anpassung der Vollzugszulage(Gitterzulage) an die Polizeizulage.
- Die Vollzugszulage hat sich seit über 10 Jahren nicht verändert, was auch für die Schichtzulage zutrifft.
- Die Schichtzulage ist immer noch auf dem Stand von 2011.
- Wie geht es weiter mit dem Standort Halle und Volkstedt? Die Justizministerin hat sich klar positioniert, aber zugleich darauf verwiesen „das letzte Wort dazu hat der **Finanzminister Herr Richter**".
- Das Personal ist auf die 3 Standortregelung ausgerichtet, so wie es im existierenden Feinkonzept nachzulesen ist.
- ***PERSONAL muss nach dem Bedarf berechnet werden. Der Bedarf ermittelt sich nach den Aufgaben des Justizvollzuges und nicht nach dem zur Verfügung stehenden Personal.***
- Die Anwärter sollten an dem Standort verbleiben wo sie ausgebildet werden.
- Der Landesverband positioniert sich zum Thema – BodyCam ganz klar – kein Einsatz von BodyCams in den Justizvollzugsanstalten. ■

Treffen mit der CDU-Fraktion in Magdeburg

BSBD – Nach der Wahl des Landtages Sachsen-Anhalt im Juni 2021 hat die Landesleitung des BSBD den einzelnen Fraktionen Raum gegeben, sich zu finden.

***

Am 8. März 2022 trug der **BSBD** der **CDU**-Landtagsfraktion die Themen vor, die uns unter den Nägeln brennen.

In dem kurzen zur Verfügung stehenden Zeitrahmen konnten leider nur zwei Probleme angesprochen werden. So wurde ausführlich über die Problematik der Digitalisierung in den Vollzugsanstalten gesprochen und seitens der **CDU**-Fraktion Verständnis signalisiert. Weiterhin wurde über die Anhebung der Gitterzulage entsprechend im Verhältnis zur Polizeizulage gesprochen. In der **CDU**-Fraktion herrschte Unverständnis, dass diese bisher noch nicht auf gleiche Höhe angehoben wurde. Hier hoffen wir auf Unterstützung.

Leider mussten wir das Gespräch aus terminlichen Gründen beenden, uns wurde aber ein zeitnaher Folgetermin zugesagt, um weitere Themen zu erörtern.

***

CDU – Am 8. März 2022 waren als Vertreter des **BSBD**-Landesverbandes Sachsen-Anhalt **Mario Pinkert** (Landesvorsitzender), **Anett Matz** (Frauenbeauftrage des **BSBD**) und **Jörg Hagendorf** (Vorsitzender Ortsverband JVA Burg) für ein erstes Gespräch im Landtag von Sachsen-Anhalt zu Gast bei der Arbeitsgruppe für Recht, Verfassung und Verbraucherschutz der **CDU**-Fraktion Sachsen-Anhalt.

Für die Arbeitsgruppe waren die Abgeordneten **Karin Tschernich-Weiske** (Rechtspolitische Sprecherin), **Christian Albrecht, Stephen Gerhard Stehli** sowie die Referentin **Lisa Lewerenz** anwesend.

An dem Gespräch nahmen zudem die **Justizministerin Franziska Weidin-**

ger und der **CDU**-Fraktionsvorsitzende **Siegfried Borwardt** teil.

In der Erörterung wurden unter anderem die Vollzugszulage (Gitterzulage), der Zustand der Digitalisierung und die Materialbeschaffung angesprochen.

Die Gitterzulage wurde bereits in der 7. Wahlperiode angegangen, konnte aber nicht umgesetzt werden. Obwohl diese Zulagenerhöhung für die Vollzugsbediensteten keine Verankerung im Koalitionsvertrag für die 8. Wahlperiode gefunden hat, betonen die Vertreter der **CDU**-Fraktion, dass die Umsetzung und damit eine Anpassung der Zulagen von Vollzugs- und Polizeibeamten ausdrücklich erwünscht ist. Dies sei ein wichtiges und wertschätzendes Zeichen für die Arbeit der Vollzugsbeamten. Sachsen-Anhalt könnte damit auch Vorbild für andere Bundesländer sein. Da aufgrund eines Folgetermins nicht alle Themen behandelt werden konnten, sind die Vertreter des **BSBD**-Landesverbandes zu einem weiteren Gespräch für April 2022 in die **CDU**-Arbeitsgruppe eingeladen.

Die Arbeitsgruppe der **CDU**-Fraktion Sachsen-Anhalt bedankt sich für dieses erste, konstruktive Gespräch mit den Vertretern des **BSBD**-Landesverbandes Sachsen-Anhalt. ■

BSBD spricht mit der SPD-Landtagsfraktion

Foto: BSBD Sachsen-Anhalt

BSBD – Am Weltfrauentag, nahm der **BSBD** auf eine Einladung der **SPD** im Landtag ein Gespräch mit Herrn **Rüdiger Erben,** dem Parlamentarischem Geschäftsführer und dem Referenten für Wirtschaft, Recht, Verfassung, Verbraucherschutz, Medien sowie Bundes- und Europaangelegenheiten Herrn **Lukas Kiehne,** dem Landesvorsitzenden des **BSBD** Herrn **Mario Pinkert,** der Frauenbeauftragten des **BSBD** Frau **Anett Matz** und aus dem erweiterten Landesvorstand des **BSBD,** dem Ortsvorsitzenden aus der JVA Burg Herrn **Jörg Hagendorf** wahr.

Es war ein sehr offenes und konstruktives Gespräch.

Im Nachgang bleibt es abzuwarten, ob angesprochene Probleme des Justizvollzuges im Landtag Gehör finden und Lösungen präsentiert werden können.

***

SPD – Der justizpolitische Sprecher der **SPD**-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt, **Rüdiger Erben,** traf sich am 8. März 2022 mit den Vertretern des **BSBD** zu einem intensiven Austausch über den Justizvollzug in Sachsen-Anhalt.

Von der Digitalisierung über die Personalpolitik bis hin zur weiteren Entwicklung der Vollzugsstrukturen im Land reichte die Spannbreite an Themen und Baustellen, vor denen die Landespolitik in den nächsten Jahren steht.

Erben betonte dabei, dass er dem Gefühl vieler Strafvollzugsbediensteten, „Beamte zweiter Klasse“ zu sein, in den nächsten Jahren entgegenwirken möchte.

Erster Schritt ist dabei die von der Deutschland-Koalition im Koalitionsvertrag geplante und vom **BSBD** kritisierte Erhöhung der Justizvollzugszulage um 20 %. Sie soll nach dem Willen der **SPD**-Fraktion durch die ursprünglich bei den Koalitionsverhandlungen angedachte Angleichung an die Polizeivollzugszulage ersetzt werden – und das möglichst schon in den jetzt anstehenden Verhandlungen für den Landeshaushalt 2022. Der Dienst würde dadurch auch für potenzielle Bewerber ein Stück weit attraktiver.

Beim Thema Digitalisierung ist Geld nicht das Problem, wohl aber Beschaffung und Betreuung von IT-Geräten. Hier will die **SPD**-Fraktion beim Ministerium für Justiz darauf hinwirken, dass bei den geplanten Maßnahmen der nächsten Jahre der Justizvollzugsdienst nicht hinter den Gerichten und Staatsanwaltschaften zurückfällt.

Das Großprojekt Vollzugsstruktur soll, so **Erben**, trotz aller Dringlichkeit mit Bedacht durchgeführt werden. Ob sich der Justizvollzug zukünftig an drei oder an vier Standorten konzentriert, ist von den tatsächlichen Möglichkeiten abhängig: Wenn die Baugutachten für eine Erweiterung des Standortes Volkstedt sprechen, dann sollte dies auch politisch gestützt werden. Eine Erweiterung um jeden Preis und überhastete Planungen würden jedoch schnell zu Millionengräbern führen und ist einer langfristigen Lösung wenig zuträglich. In jedem Fall muss die Landesregierung eine eindeutige Perspektive – nicht zuletzt für die Bediensteten – schaffen.

Die **SPD**-Fraktion bedankt sich ausdrücklich beim **BSBD** für das tiefgreifende Gespräch und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit. ■

Arbeitsgespräch des BSBD mit der Landtagsfraktion der FDP

BSBD – Am 2. März 2022 trafen sich die Kollegen **Pinkert** und **Altner** in der **FDP**-Landtagsgeschäftsstelle mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer und Innen- sowie Rechtspolitischen Sprecher der **FDP** Herrn MdL **Guido Kosmehl** zu einem ersten Arbeitsgespräch.

Herr **Kosmehl** betonte in seiner Begrüßung, dass er im Vorfeld der Landtagswahl für die Beantwortung der Wahlprüfsteine des **BSBD** verantwortlich zeichnete und auch in den Koalitionsverhandlungen federführend für die **FDP** die Bereiche Innenressort und Justiz bearbeitet hat. Umso mehr freut er sich jetzt auf den direkten Austausch mit den Interessenvertretern aus diesen Bereichen.

Die Kollegen **Pinkert** und **Altner** brachten zum Ausdruck, dass man in der jetzigen personellen Aufstellung des **BSBD**-Landesverbandes seit ca. zwei Jahren mit dem propagierten Slogan **„Justizvollzug bedeutet Sicherheit“**

im parlamentarischen Rahmen aktiv ist, um hier ein Umdenken zu generieren, denn als Interessenvertreter sind wir der Meinung, dass der Justizvollzug zur inneren Sicherheit gehört.

Inhalt des Arbeitsgespräches waren die Themengebiete: Digitalisierung im Justizvollzug, Anpassung der Vollzugszulage an die Polizeizulage, Einsatz der Anwärter am Ausbildungsstandort, Planung der Vollzugslandschaft unter Einbeziehung der Standorte Volkstedt und Halle(Saale), Fortschreibung des Feinkonzept Personal zur auskömmlichen Kompensation der Altersabgänge, der hohe Altersdurchschnitt des Personalkörpers und ganz speziell der Umgang mit der freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Speziell zur Nachwuchsgewinnung und der Motivation der aktiven Beschäftigten erläuterte Herr **Kosmehl** seine Schwerpunktsetzung für die aktuelle Legislative, eine auskömmliche Alimentation unter Einbeziehung und Prüfung der gewährten Zulagen in Verbindung mit einer Stellenausstattung, die allen Beschäftigten eine Perspektive aufzeigt und der Klärung der Standortfragen für mindestens 15 Jahre. Das Arbeitsgespräch verlief in einer konstruktiven Atmosphäre und es wurde vereinbart, dass man sich zukünftig regelmäßig treffen wird.

Seitens der Kollegen **Pinkert** und **Altner** wurde versichert, dass der **BSBD** Landesverband jederzeit als Ansprechpartner für Fragen im Bezug zum Justizvollzug zu Verfügung steht. ■

BSBD spricht mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Anlässlich des nun endlich dem Landtag zugeleiteten Haushaltentwurfs der Landesregierung für das Jahr 2022 hat die **bündnisgrüne** Landtagsfraktion mit dem Landesvorsitzenden des **Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands, Mario Pinkert,** über die aktuellen Herausforderungen im Strafvollzug gesprochen. Themen waren die schwierige Personalsituation und Probleme bei der Nachwuchsgewinnung, der zu langsame Fortschritt im Bereich Digitalisierung und die zukünftigen Gefängnisstandorte in Sachsen-Anhalt. Wir sind überzeugt: guter Strafvollzug braucht ausreichend und motiviertes Personal. Dafür kämpfen wir auch im Rahmen der Haushaltsverhandlungen."

Landtagsabgeordneter
Sebastian Striegel ■

Arbeitsgespräch des BSBD mit der Landtagsfraktion DIE LINKE

BSBD – Am 9. März 2022 wollten sich die Kollegen **Pinkert** und **Altner** mit der Fraktionsvorsitzenden und Rechtspolitische Sprecherin der Fraktion **DIE LINKE** Frau MdL **Eva von Angern** zu einem ersten Arbeitsgespräch treffen.

Leider war Frau MdL **Eva von Angern** kurzfristig verhindert und so wurde der Termin zu einem informellen Gespräch mit der Referentin für Rechts- und Innenpolitik der Landtagsfraktion **DIE LINKE** Frau **Drzisga** zu den aktuellen und zukünftigen Themen des **BSBD LV Sachsen-Anhalt** genutzt. Die Kollegen **Pinkert** und **Altner** brachten zum Ausdruck, dass man in der jetzigen personellen Aufstellung des **BSBD** Landesverbandes seit ca. zwei Jahren mit dem propagierten Slogan „Justizvollzug bedeutet Sicherheit" im parlamentarischen Rahmen aktiv ist, um hier ein Umdenken zu generieren, denn als Interessenvertreter sind wir der Meinung, dass der Justizvollzug zur inneren Sicherheit gehört.

Weitere Themengebiete waren: Digitalisierung im Justizvollzug, Anpassung der Vollzugszulage an die Polizeizulage, Einsatz der Anwärter am Ausbildungsstandort, Planung der Vollzugslandschaft unter Einbeziehung der Standorte Volkstedt und Halle (Saale), Fortschreibung des Feinkonzept Personal zur auskömmlichen Kompensation der Altersabgänge, der hohe Altersdurchschnitt des Personalkörpers und speziell der Umgang mit der freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

***

Im Nachgang eines Gespräches mit Vertretern der Landesleitung des Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) Landesverband Sachsen-Anhalt erklärt DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt:

„Der Justizvollzug ist ein besonders sensibler Bereich. Der Umgang mit den Gefangenen erfordert eine ganz besondere Verantwortung und ein hohes Maß an Kompetenz und Einsatzbereitschaft von den Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten des Landes. Die Betreuung und Behandlung der Gefangenen ist eine Aufgabe, die tagtäglich, an Wochenenden, Feiertagen und zudem rund um die Uhr realisiert werden muss. Die Justizvollzugsbeschäftigten leisten eine zunehmend schwierigere Arbeit im Interesse eines menschenwürdigen Strafvollzuges. Dafür gilt ihnen unser Dank.

Die Landtagsfraktion **DIE LINKE** teilt und unterstützt die Auffassung des **BSBD** Landesverband Sachsen-Anhalt, dass es einer auskömmlichen Personalausstattung und guter Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen des Justizvollzuges bedarf, damit die Beschäftigten des Justizvollzuges in der Lage sind, ihre beruflichen Aufgaben tagtäglich mit großer Motivation und hohem Engagement ausüben zu können.

Das umfasst insbesondere die Kompensierung der hohen Zahl von Altersabgängen mittels ausreichender Neueinstellungen auf der Grundlage einer anzustrebenden quantitativ wie auch qualitativ auskömmlichen Bewerber:innen-Situation. Denn es gilt letztendlich, das Feinkonzept zur Personalstrategie in der Justiz umzusetzen und mit Leben zu erfüllen. Dazu gehö-

ren zweifelsfrei aber auch eine faire und angemessene Bezahlung einschließlich einer angemessenen Zahlung von Erschwerniszulagen. Wir werden uns deshalb in künftigen Haushaltsberatungen für eine Aufhebung der Ungleichbehandlung von Bediensteten des Justizvollzuges und des Polizeivollzugsdienstes einsetzen, denn gerade im Hinblick auf die Vollzugszulage ist eine Angleichung an die Polizeivollzugszulage angezeigt. Aber auch die Schichtzulage befindet sich immer noch unverändert auf dem Stand des Jahres 2011 und muss angepasst werden.

Auch beim gegenwärtigen Zustand der Digitalisierung im Justizvollzug, als eine der zentralen Herausforderungen in den kommenden Jahren, sieht die Fraktion **DIE LINKE** noch erheblichen Nachholbedarf. Denn wenn man die Digitalisierung in der Justiz vorantreiben will, darf man den Justizvollzug nicht vergessen. Das bedeutet: Nicht nur die Gefängnisverwaltung muss digitaler, sondern auch den Gefangenen muss der Zugang zu digitaler Technik schon aus Resozialisierungsgründen gewährt werden.

Im Interesse der Bewältigung der vor dem Justizvollzug und seinen Beschäftigten stehenden Aufgaben setzt die Landtagsfraktion **DIE LINKE** auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Interessenvertreter:innen für die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten des Landes Sachsen-Anhalt, um auf der Grundlage eines regen Gedankenaustausches die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Justizvollzug nachhaltig zu verbessern.

Wir werden unsere begonnenen Gespräche mit Vertreter:innen des **BSBD** Landesverband Sachsen-Anhalt aktiv fortsetzen und intensivieren."

Eva von Angern
Fraktionsvorsitzende und
Rechtspolitische Sprecherin ■

Welche Zukunft hat der Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen(LBBG) in Sachsen Anhalt?

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihnen heute einen kurzen Einblick in die Behörde des LBBG, aus der Sicht eines Bediensteten des mittleren Werkdienstes gewähren.
Als Kollege der sogenannten ersten Stunde mit Gründung des LBBG stellt sich nach 17 Jahren die Frage, warum gibt es diese Behörde eigentlich noch und welchen Zweck verfolgt man in der Aufrechterhaltung des Landesbetrieb?

Acht Wechsel in der Behördenleitung

Seit der Gründung des LBBG 2005 erfolgten acht Wechsel in der Behördenleitung. Das hat zur Folge, dass es keinen Leitgedanken und keine klare erkennbare Ausrichtung der Behörde gibt. Die Frage ist, ist die Stelle nicht attraktiv genug, um zu bleiben, oder gibt es andere Aspekte, die wir als Kollegen nicht erkennen? Eins ist gewiss, der Arbeit im Landesbetrieb ist dieser ständige Wechsel in der Leitungsebene nicht gut bekommen. Jeder Leiter hat seine Zeit gebraucht sich einzuarbeiten, jeder hatte seine eigene Sicht auf die Abläufe innerhalb der Behörde und diese Abläufe wurden dann verändert.

Funktionierende Strukturen wurden aufgehoben und man hat versucht, mit mäßigem Erfolg, neue Strukturen aufzubauen, eine neue Leitung kam und alles fing von Neuem an.

Die Bildungs- und Beschäftigungszeiten für die Gefangenen wurden immer weiter eingekürzt, trotz berechtigter Einwände der Kollegen der Bildungs- und Beschäftigungsbetriebe!

Eine Devise im Strafvollzug lautet sinngemäß „beschäftige den Gefangenen, sonst beschäftigt er dich", diese scheint veraltet zu sein.

Es gibt Abrechnungsprogramme die nicht zeitgemäß sind und fehlerhaft arbeiten. Durch diesen Umstand werden Arbeitsabläufe verkompliziert, der Aufwand für Auftragsabwicklung und Bearbeitung verdoppelt.

Viel Augenmerk wird auf die Verwaltung der Behörde gelegt. Die wesentliche Aufgabe unserer Behörde sollte aber unserem Namen entsprechen „Bildung und Beschäftigung von Gefangenen". Man hat den Eindruck, das gerät immer mehr in den Hintergrund. Der Name „Arbeitsverwaltung" wäre da treffender.

Lange Jahre wurde es versäumt, gleich wie im operativen Vollzugsdienst, junge Menschen für die Aufgabe zu gewinnen. Wir haben dadurch bei den Kollegen, die mit den Gefangenen direkt arbeiten, einen Altersdurchschnitt von über 50 Jahre.

In den nächsten Jahren werden uns viele Kollegen durch das Eintreten in den Ruhestand verlassen, ich bin mir sicher, damit drohen auch Schließungen von Betrieben und Kostenstellen.

Viele Arbeiten werden durch externe Bildungsunternehmen geleistet, diese machen ihre Arbeit sehr gut, das steht außer Frage, man fragt sich trotzdem, ist das die Zukunft?

Die Kollegen fragen sich: warum gibt es die Behörde überhaupt noch? Wo sind die Vorteile einer solchen Behörde? Für mich persönlich sind keine Vorteile in dieser Struktur erkennbar.

Lange Dienstwege für notwendige Entscheidungen

Es gab Zeiten, da waren wir ein Teil der Anstalt, in der wir unseren Dienst tun durften. Man hatte vor Ort den Anstaltsleiter/in oder Verwaltungsleiter/in und dienstlichen Vorgesetzten.

Da war auch nicht immer aller Tage „Sonnenschein", aber man fühlte sich als vollwertiger Kollege seiner Dienststelle.

Der Eindruck hat sich nach 17 Jahren sehr verändert, Aufgaben zwischen Anstalt und LBBG werden minutiös abgegrenzt. Wo es keine Verfügung gibt, da gibt es keine „Bewegung", jeder schiebt die Verantwortlichkeit zu den Nächsten. Entscheidungen müssen über lange Dienstwege erörtert, ausdiskutiert und besprochen werden, oftmals ohne Ergebnis.

Man fühlt sich häufig als Mitglied einer Behörde, die das „fünfte Rad am Wagen" ist.

Ich habe zwar nicht mehr sehr viele Jahre im aktiven Dienst, würde mich aber sehr freuen, wenn wieder mehr Augenmerk auf die Bildung und Beschäftigung der Gefangenen gelegt wird, und wo man nicht nur die Arbeit verwaltet!

Ein besorgter Mitarbeiter
des LBBG ■